

Bildung braucht Bewegung

Mit der Bundeskonferenz 1996 beginnt die Katholische Studierende Jugend (KSJ) eine bildungspolitische Initiative, die von den KSJ-Bundesleitungen initiiert und begleitet wird. Sie ist Bestandteil der Aktion "Nur Ochsen büffeln" und fordert zu inner- und außerverbandlicher Diskussion und zum Handeln auf. Mit dieser Initiative wenden wir uns gegen eine Fortführung der jetzigen bildungspolitischen Praxis und fordern eine Bildung, die zur Mündigkeit erzieht und Werte wie Demokratie und Solidarität in den Mittelpunkt rückt. Die Initiative basiert auf bestehenden Beschlusslagen (Plattform, Diskussionspapier "Schule neu denken") und umfasst die folgenden Teilbereiche:

- Gegen den schleichenden Bildungsnotstand, für gleiche Chancen in einem reichen Land
- Mehr Autonomie der Einzelschule - Für mehr Demokratie
- Für Kreativität in der bildungspolitischen Debatte

Von einer Bildungsreform wagen wir heute nur zu träumen. Wir stellen zur Zeit einige gravierende Missstände im schulischen Bildungssystem fest und wenden uns mit einigen konkreten Kritikpunkten, Forderungen und Diskussionsanregungen an die Kultusministerien und die interessierte Öffentlichkeit.

I. Gegen den schleichenden Bildungsnotstand, für gleiche Chancen in einem reichen Land

Die Bundeskonferenz der KSJ stellt einen schleichenden Bildungsnotstand in der Bundesrepublik fest. Wir sehen eine große Gefahr für jeden einzelnen Menschen sowie für die ganze Gesellschaft darin, dass das Bildungs- und Sozialwesen zugunsten wirtschaftlicher Interessen lahm gelegt und ausgehöhlt wird. Eine umfassende Bildung ist vonnöten, damit Schülerinnen und Schüler sich selbst und der Gesellschaft gegenüber mündig werden. Teamfähigkeit, soziales Lernen und demokratisches Lernen sind nur einige Begriffe, die für ein Lernen stehen, das den ganzen Menschen in den Mittelpunkt rückt.

Der Anteil des Bildungsetats am Brutto-Inlands-Produkt sank in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich, und die Bundesrepublik steht bei den Ausgaben für Bildung an drittletzter Stelle der OECD-Staaten. Der Prozess ist dadurch gekennzeichnet, dass gleiche Chancen für alle SchülerInnen mehr und mehr in weite Ferne geraten. Wir sehen folgende Teilprobleme:

- Schulen müssen ständig sinkende Mittel für Schulbücher und Materialien hinnehmen. Mittlerweile sind Ausstattungen veraltet und Mittel für neue Anschaffungen nicht in Sicht.
- Klassengrößen und Stundenpflichtzahlen für LehrerInnen steigen.
- Durch die Vernachlässigung der Bauunterhaltung hat sich der bauliche Zustand von Schulen verschlechtert.

Die Personalkosten wurden durch eine Ausdehnung der Stunden der Hausmeister- und Sekretariatsarbeiten und eine erhebliche Reduzierung des Reinigungsvolumens gesenkt. Wir bemerken eine weitgehende Unterhöhlung des SchülerInnenbafögs, was einer völligen Abschaffung nahe kommt. Diese Tatsache verbaut vielen Jugendlichen den Zugang zu

Bildungsmöglichkeiten. Auch das Studierendenbafög ist schon lange kein zeitgemäßes Mittel mehr, um ein Hochschulstudium für StudentInnen finanzierbar zu machen.

Im Zuge des Bonner Sparpakets werden die schulischen Ausbildungszeiten nur noch bis zu drei Jahren (vorher sieben) für die spätere Rente berücksichtigt; Studentinnen und Studenten, die während ihres Studiums gezwungen sind zu arbeiten, müssen nun Beiträge zur Rentenversicherung bezahlen.

Das Land Baden-Württemberg hat beschlossen, die Finanzierung der SchülerInnenbeförderung massiv einzuschränken. Dies benachteiligt Kinder und Jugendliche aus ländlichen Regionen in starkem Maße. Derzeit registrieren wir eine rege bildungspolitische Diskussion, wie etwa um Schulautonomie oder Schulzeitverkürzung, die eindeutig finanzpolitisch motiviert ist.

Für uns ist es eine Frage des politischen Willens, ob diesem Prozess etwas entgegengesetzt wird. Als Schülerinnen- und Schülerverbände stellen wir daher die folgenden Kernpunkte heraus:

- Wir fordern eine vernünftige Ausstattung von Schulen in Bezug auf Lehrmittel und eine menschengerechte Schulbauplanung. Die Kostenreduzierungen wirken sich massiv auf die Schule als Kulturstätte des Lernens aus: Wer an der Ausstattung von Schulen und Bereitstellung von Lehrmitteln spart, verbaut der Effektivität des Lehrens und Lernens an Schulen den Weg. LehrerInnen und SchülerInnen sind in die Schul-Bauplanung deutlicher einzubeziehen als es bisher geschehen ist.
- Wir fordern die Wiederbelebung des SchülerInnenbafögs oder die Einführung anderer geeigneter Förderinstrumente (ein diskussionswürdiges Beispiel stellt hier der Vorschlag des "Bündnis 90/Die Grünen", das BAFF, dar). Kinder von Eltern mit keinem oder niedrigem Erwerbseinkommen müssen die gleichen Chancen haben wie andere Kinder, eine Schule ihrer Wahl zu besuchen ohne ihre Familie bis an die Grenze des Existenzminimums zu belasten.
- Wir kritisieren aufs Schärfste die radikalen Kürzungen des Landes Baden-Württemberg in Bezug auf die SchülerInnenbeförderung, die mit einem versteckten Schulgeld und einer Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung verbunden ist. Wir befürchten eine Signalwirkung für andere Bundesländer. Dadurch wird die Chancengleichheit weiter eingeschränkt.
- Wir fordern die Rücknahme im Bereich der Rentenanrechnung der schulischen Ausbildungszeiten. Wir verurteilen die Einschränkung der Rentenanrechnung für schulische Ausbildungszeiten, da sie eine Benachteiligung von Schülern und Schülerinnen darstellt.

Wir sprechen uns gegen eine Verkürzung der allgemeinen Schulzeit bis zur Erlangung des Abiturs aus. Als Folge der Schulzeitverkürzung befürchten wir eine weitere Steigerung des schulischen Leistungsdrucks und ein noch stärkeres Konkurrenzverhalten in den Schulen. Die neuesten Beschlüsse der KMK, das Abitur auch nach einer bestimmten Zahl an "abgesessenen" Unterrichtsstunden zu erreichen, bewerten wir als Einführung der Schulzeitverkürzung durch die Hintertür. (vgl. Beschluss der Bundeskonferenz von 1990)

II. Mehr Autonomie der Einzelschule - Für mehr Demokratie

In zahlreichen Bundesländern werden Bemühungen deutlich, den Einzelschulen mehr Eigenverantwortung zukommen zu lassen und zu einer dezentralen Ressourcenverwaltung überzugehen. Wir begrüßen diesen Prozess, wenngleich für uns auch erkennbar ist, dass häufig nur finanzpolitische Erwägungen im Vordergrund stehen. Wir fordern eine Finanzautonomie der Einzelschule im Bereich der dezentralen Ressourcenverantwortung (Sachkosten), wobei die hier erzielten freiwerdenden Mittel und Einnahmen (z.B. aus Vermietung der Schulräume) der jeweiligen Schule zugewiesen werden sollten. Wir sind aber auch für eine klare Begrenzung der Verantwortung der Einzelschule im Bereich der Bauunterhaltung und Gebäudebewirtschaftung, da es hier zu zeitlicher und fachlicher Überforderung für die SchulleiterInnen kommen würde. Verbunden mit dem Gedanken einer Öffnung der Schule nach allen Seiten und einem ganzheitlichen Verständnis von Schule entwickeln sich auch in dem Verhältnis Schule kommunale Verwaltung neue Formen der Zusammenarbeit. Immer mehr Schulträger geben den Schulen die Haushaltsmittel für den Betrieb der Schule als Schulbudget in eigene Verantwortung. Diese Übertragung der Schulbetriebsmittel fördert den eigenverantwortlichen Spielraum der Schulen. Zudem liegen hier neue Chancen für die Zusammenarbeit der Schulgremien. Im Bereich der Schulautonomie sehen wir nicht nur die große Chance eines effektiveren Umgangs mit knappen Ressourcen, sondern wir sehen darin vielmehr die Chance, SchülerInnen und LehrerInnen in ihrer Verantwortung für "ihre" Schule zu bestärken. Unter bestimmten Umständen kann Schulautonomie zu mehr Partizipation und damit auch Motivation führen. Schulen können somit ihr eigenes Profil herausprägen und sind der Kommune und ihren "NutzerInnen" rechenschaftspflichtig.

Die Erweiterung der Eigenverantwortung (=Schulautonomie) muss unseres Ermessens von folgenden Gedanken geleitet werden: ~ Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf das schulische System. Entscheidungen über Finanzen und Personal sollen also weitgehend dort gefällt werden, wo sie Wirkung erzielen. Dies entbindet den Staat keinesfalls aus seiner besonderen Verantwortung für ein funktionierendes und gerechtes Bildungssystem. Schulautonomie darf nicht zu einem völligen Auseinanderdriften der Qualitäten führen. Sie darf nicht bedeuten, dass es zukünftig einige "Vorzeige-Schulen" gibt, während andere - gerade solche in sozialen Problemgebieten - zunehmend an Qualität verlieren. Gerade hier wird die Verantwortung des Staates deutlich.

- Wir fordern die paritätische Besetzung von Schulkonferenzen und Schulausschüssen durch SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern in allen Bundesländern. Die meisten Schulgesetze schreiben bei der Verwendung der schulischen Mittel die Mitwirkung der Schulkonferenz vor. Bei einer verstärkten Eigenverantwortlichkeit der Schule wird dieses Gremium immer mehr an Verantwortung und Macht gewinnen. An beidem sollten SchülerInnen gleichberechtigt teilhaben.
- Statt einer SchulleiterIn fordern wir Schulleitungsteams, die paritätisch von Männern und Frauen besetzt sind und in den Schulkonferenzen / Schulausschüssen nur beratende Stimme haben. Unseren Erfahrungen nach geschieht Leitung am effektivsten in von Männern und Frauen paritätisch besetzten Teams. Entscheidungen werden auf eine breitere Basis gestellt, Ungerechtigkeit, Autoritätsgehabe und menschliche Fehlentscheidungen schneller korrigiert.
- Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet (hier), dass die jeweilige übergeordnete Ebene nicht das an sich ziehen soll, was die untergeordnete Ebene genauso gut oder besser kann.

III. Zur Diskussion gestellt:

Für mehr Kreativität in der bildungspolitischen Diskussion.

Derzeit bemerken wir, dass die bildungspolitische Diskussion sehr stark von der weitgehenden Ökonomisierung der Politik betroffen ist. Fast alle bildungsreformerischen Ansätze werden im Keim erstickt, da dafür kein Geld vorhanden zu sein scheint. Wir wehren uns vehement dagegen, dass knappe Kassen jede bildungspolitisch noch so sinnvolle Idee bereits in der Diskussionphase ersticken. Wenn schon sinnvolle Ansätze keine Beachtung finden, deutet dies auf eine düstere Zukunft hin. Unabhängig von der derzeitigen Ohnmacht gegenüber großen reformerischen Ideen möchten wir zwei verschiedentlich schon formulierte Reformvorschläge zur Diskussion stellen:

- A. Statt eines Zahlenspiels um die Klassenstärke geht es um Solidarität zwischen den verschiedenen Generationen der SchülerInnen. Wir sehen im Hinblick auf die in Schulen auftretenden Probleme (Stichworte: Individualisierung, Gewalt, Drogenkonsum, Montagssyndrom etc.) gestiegene Anforderungen an die Schule. Insbesondere die sinkende Bedeutung der Familie als Erziehungsinstanz macht die Pädagogischen Anforderungen von heute deutlich. Wir fordern Klassenstärken, die diesem gestiegenen Anspruch gerecht werden und dem jeweiligen Reifestand der SchülerInnen und Klassen entsprechen.
- Allerdings darf eine Debatte über die Größe von Klassen nicht unter finanzpolitischen Aspekten (Einsparung von Stellen etc.) geführt werden, sondern muss sich an pädagogischen Grundsätzen orientieren.
- Insbesondere jüngere SchülerInnen brauchen individuellen und persönlichen Kontakt zu ihren KlassenkameradInnen und LehrerInnen. Die SchülerInnen der Mittelstufe stehen in einer Neuorientierungsphase auf dem Weg zum Erwachsenwerden. Auch hier ist eine pädagogische Arbeit von Seiten der LehrerInnen zu leisten, die bei einer Klassenstärke von mehr als 20 SchülerInnen nicht zu verwirklichen ist. In der Oberstufe sind SchülerInnen durchaus in der Lage, sich in größeren Lerngruppen zurechtzufinden.
- An diesem Punkt sind die SchülerInnen aufgefordert zur Solidarität zwischen den verschiedenen Generationen der SchülerInnen. Das bedeutet dass in den unteren Klassen, insbesondere in der Grundschule und in den ersten beiden Jahren der weiterführenden Schulen, Klassen kleiner sein sollten, während in den oberen Stufen größere Klassen akzeptabler erscheinen.
- An dieser Stelle klaffen die Wirklichkeit und unsere Wünsche nach überschaubaren Klassen, Kursen und Wahlmöglichkeiten auseinander. Mit zunehmender Größe gilt es individuelle Unterrichtsformen wie Projektarbeit, Kleingruppenarbeit, Jahresarbeiten verstärkt auszuprobieren.
- Umstrukturierungen wären vonnöten, die sich nicht nur in der Verschiebung von Klassengrößen erschöpfen dürfen, sondern auch in der Etablierung eines Tutorensystems, Verbundschulen, fächerübergreifenden Unterricht.
- Unserer Meinung nach sollten Grundschulklassen nicht mehr als 15 SchülerInnen, die Jahrgangsstufen 5- 10 nicht mehr als 20 SchülerInnen pro Klasse umfassen. Ab der 11. Klasse dagegen halten wir größere Kursgrößen für vertretbar, sofern geeignete Unterrichtsformen genutzt werden.

B. Profilschulen und Profiloberstufe Leitgedanke bei Profilschulen bzw. der Profiloberstufe wäre Möglichkeit der Schulen, gezielt ein eigenes Profil zu entwickeln (Profilschule) bzw. in der gymnasialen Oberstufe Profilunterricht anzubieten (Profiloberstufe). Solche Profile könnten etwa musisch-kreativ, ökologisch, technisch-naturwissenschaftlich oder medienpädagogisch geprägt bzw. ausgerichtet sein. Wichtig bei einer Profilbildung ist, dass die Vermittlung von basalen Fähigkeiten nicht in den Hintergrund gerät. Profilbildung darf selbstverständlich nicht so weit gehen, dass alle Wahlmöglichkeiten außer Kraft gesetzt werden, es darf sich also nur um eine Schwerpunktwahl handeln. Eine Profilbildung ermöglicht auf hervorragende Weise die Erprobung neuer Unterrichtsformen, fordert sie geradezu heraus. Fächerübergreifender Unterricht, klassenübergreifender Unterricht, Lernen außerhalb der Schule, Öffnung von Schule, Lernen in Teams, projektbezogener Unterricht wären direkt gewollte Formen des Lernens. LehrerInnen würden einen Teil ihres "Wissensmonopols" hergeben. Die Profilbildung kommt sowohl den unterschiedlichen Neigungen und Begabungen von Jugendlichen als auch den sich rasch ändernden Vorstellungen der Erwerbswelt entgegen. Außerdem ließe sich der Unterricht ohne Zweifel durch Profilbildung effektiver organisieren.